

Den Menschen Freund und Helfer sein

Ein lehrreiches Gespräch über politische Arbeit im Wohngebiet

Seit einigen Wochen ist in den Bürger Wohngebieten das gesellschaftliche Leben reger geworden.

„Wie hat eure Parteiorganisation dieses viel diskutierte Problem beim Schopf gepackt?“ Unsere Frage galt dem 1. Sekretär der Kreisleitung Burg, Genossen Herbert Jentzsch, mit dem wir uns zu einer Aussprache getroffen hatten.

„Die Arbeit im Wohngebiet beschäftigt uns schon seit längerer Zeit. In der Vergangenheit war es politisch ziemlich windstill in den Wohngebieten. Die organisierte politische Arbeit spielte sich in der Hauptsache in den Betrieben ab. Viele Genossen, die in ihrem Betrieb eine vorbildliche Arbeit leisten, waren zu Hause wie umgewandelt. Mit dem Schließen der Wohnungstür war für sie die gesellschaftliche Arbeit beendet.

Ein kleiner Teil Genossen rackerte sich im Wohngebiet ab. Hinzu kam, daß die Wohnbezirke in Burg viel zu groß waren. Die Funktionäre der Nationalen Front kannten die meisten Menschen nicht, und vielen Bürgern waren die Funktionäre fremd.“

Unter diesen Bedingungen konnte keine echte Atmosphäre des Vertrauens entstehen, und das behinderte die kameradschaftliche politische Aussprache.

Der 1. Sekretär erläutert uns die Maßnahmen der Kreisleitung: „Wir mußten zwei Aufgaben lösen. Einmal galt es, in Burg die großen Wohnbezirke zu verkleinern. Das war eine verhältnismäßig einfache organisatorische Sache. Aus 13 Wohnbezirken wurden 26. Dementsprechend gliedern sich jetzt auch die gesellschaftlichen Organisationen.“

Wer spricht von Zeit?

Als Genosse Jentzsch zur zweiten Aufgabe spricht, werden seine Worte lebhafter: „Ohne die leidenschaftliche Anteilnahme aller unserer Parteimitglieder am gesellschaftlichen Leben im Wohngebiet wird es nicht vorangehen, trotz

kleinerer Wohnbezirke. Auf der Kreisdelegiertenkonferenz 1962 wurde deshalb beschlossen, daß die Betriebsparteiorganisationen erfahrene Genossen zur Mitarbeit in die Wohngebietsparteiorganisationen und in die Ausschüsse der Nationalen Front delegieren sollen. Der Beschluß verpflichtete darüber hinaus alle Genossen, in ihren Hausgemeinschaften politisch zu wirken.

Mit dem Beschluß allein war es jedoch nicht getan. Eine ganze Reihe Genossen blieb nach wie vor passiv. Die Kreisleitung forschte nach den Ursachen, warum die Genossen glaubten, sie brauchten nicht im Wohngebiet zu arbeiten, weil sie ja im Betrieb genug ... usw. usf. Ich habe mir darum einen Kreis Funktionäre aus dem Staatsapparat eingeladen. Das Gespräch begann ungefähr so: „Wie stellt ihr euch eure Mitarbeit im Wohngebiet vor? Sagt einmal, Genossen, warum tretet ihr nicht in Erscheinung?“ Antwort: „Genosse Jentzsch, wir wollen schon arbeiten, haben aber wenig Zeit. Denkst du, unsere Arbeitszeit ist um 16 Uhr schon zu Ende? Oft müssen wir abends raus in die Ortschaften des Kreises!“

„Seid ihr denn an 30 Tagen im Monat abends draußen?“

J*..

„Seht ihr, es geht doch einfach darum, daß ihr in eurer Wohngemeinschaft, zu den Nachbarn ein richtiges politisches Verhältnis herstellt. Dazu braucht man nicht in erster Linie Zeit, sondern vor allem das Bedürfnis, mit den Menschen dieses gute politische Verhältnis zu haben. Wer soll denn mit den Familien, besonders mit den Hausfrauen, den Jugendlichen, den Rentnern über den VI. Parteitag sprechen, die Meinung der Menschen, aber auch ihre Sorgen kennenlernen, wenn sich Mitglieder unserer Partei zu gut für die Arbeit im Wohngebiet Vorkommen?“

Dieses Gespräch, und Informationen aus den Betriebsparteiorganisationen